

Liebe Genossinnen und Genossen,
zunächst erst einmal einen besonderen Dank an Euch und an die Organisatorinnen und Organisatoren, dass Ihr die heutige Mitgliederversammlung möglich gemacht habt. Das ist in diesen Zeiten keine Selbstverständlichkeit.

...In diesen Zeiten...da bin ich eigentlich gleich beim Thema und der politischen Bewertung „dieser Zeiten“.

Die **Corona-Pandemie** wirkt wie ein **Brennglas** auf die Politik von CDU/CSU und SPD.

Im **Bundestag** sind in diesem Jahr bereits **zwei Nachtragshaushalte** 2020 verabschiedet worden.

Und nun wird vermutlich nächste Woche der Bundeshaushaltsplan 2021 beschlossen.

Man könnte nach den Corona-Erfahrungen ja annehmen, dass man nicht einfach so weiter machen kann und will.

Ist uns nicht vor Augen geführt worden, was für die Gesellschaft, was für die Menschen wirklich gebraucht wird?
Ist uns nicht vor Augen geführt worden, wohin uns das jahrzehntelange Gerede der Neoliberalen vom „schlanken Staat“ geführt hat?

Lassen sich endlich daraus Veränderungen ablesen, die sich auch in einem Bundeshaushalt niederschlagen?

Nein, nix da - noch viel unverhohlener zeigt sich, dass Menschen nicht als Menschen gesehen werden, sondern als Arbeitskräfte und Konsumierende.

Der Schutz der Bevölkerung endet da, wo Produktion und Konsumtion eingeschränkt werden könnten.

Massive Unterstützung erhalten große Unternehmen und ihre Eigentümer, nicht aber Bedürftige.

9 Milliarden gab es für die **Lufthansa** – ohne Bedingungen für die Weiterbeschäftigung der Beschäftigten zu stellen.

Aber es gab nicht mal 1 Milliarde für eine Million **Studierende**, um diese nach dem Verlust ihrer Jobs zu schützen. Das macht wirklich wütend.

Wir wollen das BAföG für Studierende, Schülerinnen und Schüler als bedarfsdeckend und elternunabhängig, mit längeren Laufzeiten und keinen Altersgrenzen.

Aber nicht genug mit dieser jahrelangen Mär es fehle an Geldern, soziale Benachteiligung in der Bildung abzubauen, leisteten sich Bundesregierung und Autokonzerne während der Corona-Krise ein besonders skandalöses Stück.

Während die Automobilkonzerne massenhaft Kurzarbeit für ihre Beschäftigten anmeldeten, damit also auf Beitrags- und Steuergeld der Beschäftigten zurückgriffen, zahlte beispielsweise BMW Dividenden an Aktionäre aus - allein fast 800 Millionen Euro Dividende an die Geschwister Susanne Klatten und Stefan Quandt.

„So zerstört man die moralische Grundlage unseres Wirtschaftssystems.“ Das schrieb in einem Kommentar die Zeitschrift >Capital< am 14. Mai dieses Jahres.

Autogipfel gab es – mehrere. Aber nicht einen KiTa-Gipfel. Derzeit hat die Petition „**KiTa-Gipfel statt Autogipfel**“ weit über 40.000 UnterzeichnerInnen. In dieser geht es um die Einführung eines bundesweiten Personalschlüssels.

Aber es geht weiter:

Sogenannte **geringfügig Beschäftigte** sollen vollkommen ohne Staatshilfe auskommen.

Dabei hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung erst jüngst in einer Studie belegt, dass gerade Minijobber zu den größten Verlierern der Corona-Pandemie gehören.

Demnach lag die Zahl der Minijobber im Juni 2020 um 850.000 oder 12 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Nicht, dass wir LINKE große Freunde der Minijobs wären, aber darunter sind auch die bereits erwähnten Studierenden.

Manchmal ist es ja besonders die Zeitgleichheit von Entwicklungen und Nachrichten, die einen fassungslos zurücklassen, denn im ersten Halbjahr der Krise hat die **Zahl der Millionäre in Deutschland** um 58.000 zugenommen. Und gleichzeitig ist bereits heute **jeder zehnte Erwachsene** in Deutschland **überschuldet**. Eine Zunahme in Folge der Corona-Pandemie ist vorhersehbar. Trotzdem sieht die Bundesregierung keine Maßnahmen zur Unterstützung dieser Menschen vor.

Ohne solchen Schutzmaßnahmen ist eine soziale Katastrophe zu erwarten. Das aber wird ignoriert.

So wird behauptet, dass **Grundsicherung** und **Hartz IV** für die **Energieversorgung** ausreichen.

Die Realität sieht anders aus: Jeden **Tag** erfolgen rund **791 Stromsperrern**.

Bereits **2009** hat die **EU** eine **Richtlinie** erlassen, nach der die Mitgliedsstaaten **nationale Aktionspläne gegen Energiearmut** aufzulegen hätten.

Großbritannien, Belgien, Frankreich haben Maßnahmen ergriffen.

In einigen Ländern sind Sperrungen in den Wintermonaten verboten.

Immerhin haben im März Stromversorger Sperrern ausgesetzt. Und der Bundestag hatte beschlossen, dass während der Corona-Pandemie Zahlungen ausgesetzt werden können. Das aber galt nur für drei Monate.

Besonders skandalös war für mich, dass selbst in der Krise eher der **Rüstungsindustrie** unter die Arme gegriffen wurde als den sozial Benachteiligten.

Während viele **Programme** im **Sozial- oder Kulturbereich** bereits im kommenden Jahr auslaufen und deren Mittel unter Corona-Bedingungen gar nicht abfließen können, laufen die Konjunkturlösungen für die Rüstungsunternehmen über **fünf Jahre**.

Erinnert Ihr Euch, dass gerade im sozialen und ehrenamtlichen Bereich Projekte immer nur über zwei oder drei Jahre unterstützt werden?

Außerdem, man kann die Dreistigkeit kaum fassen, werden die **Rüstungsgelder als Investitionen getarnt.**

Dabei hat die Bundeshaushaltsordnung ausdrücklich untersagt, Ausgaben für die militärische Beschaffung den Investitionen zuzuordnen.

Unfassbare rd. **47 Milliarden Euro** will die Bundesregierung - ungeachtet der Notsituation in der sich das Land befindet - im kommenden Jahr in die Rüstung pumpen. Das sind 9,4 Prozent des Gesamthaushaltes.

Globaler Frieden und globale Gerechtigkeit brauchen jedoch mehr zivile Prävention und nicht mehr Militär.

Übrigens liegt der **Haushalt für Bildung und Forschung** bei **20.8** Milliarden Euro. Über die **Hälfte weniger!**

Kultur und Freizeit gelten hingegen als entbehrlich - und mit ihnen die Unterstützung der Menschen, die davon leben.

Von der **Kulturmilliarde**, mit der der Not leidenden Kulturbranche vollmundig schnelle Hilfe versprochen wurde, waren am 10. Oktober dieses Jahrs nicht einmal 5 Prozent ausgereicht worden.

Das heißt, Gelder waren vom Bundestag beschlossen. Aber die Ausgabebedingungen der Ministerien verhinderten, dass sie dort ankamen, wo sie wirklich dringend gebraucht wurden.

Daran hat sich bis heute nichts wirklich geändert.

Ich habe gleich mit Beginn der Krise Betroffene angerufen oder Videoschalten gemacht, um zu erfahren, ob die Krisenpakete wirklich passen.

Wir haben uns in der Fraktion mit Akteuren von „**Alarmstufe Rot**“ getroffen. Das ist der Protest-Zusammenschluss Tausender Unternehmer, Beschäftigter, Selbständiger und Soloselbständiger der **Veranstaltungsbranche.**

Wir werden erst nach der Krise merken, was für eine Katastrophe sich dort vollzogen hat. 1,5 Millionen Beschäftigte sind betroffen. Es ist wirklich dramatisch, deshalb engagieren wir uns immer noch für Änderungen in den Programmen.

Weiter:

Unterstützungen für **einkommensschwache Familien** oder **Kinderlose mit sehr niedrigem Einkommen**, **Pandemiehilfen für kleine Renten und Hartz IV** – nichts davon ist vorgesehen.

Viele gesellschaftlichen Probleme wurden durch die Corona-Krise nicht verursacht, sondern sind noch schärfer sichtbar geworden:

- Wie kompliziert das Antragsverfahren für Arbeitslosengeld II ist,
- wie unsinnig und unwürdig es ist, Menschen über Hartz-IV-Sanktionen zu drangsalieren,
- wie willkürlich die Prüfung der sogenannten Angemessenheit der Wohn- oder Eigentumsverhältnisse ist. Reguläre Prüfungen wurden nur für eine Zeit ausgesetzt, nicht grundsätzlich anders angelegt.

Union und SPD sind immer noch nicht bereit, durch gezielte **Investitionen in Infrastruktur, soziale Sicherung sowie Bildung und Forschung** unsere Gesellschaft endlich etwas friedlicher, gerechter, solidarischer und ökologischer zu machen.

Deswegen muss auch die deutsche **Schuldenbremse** nicht nur ausgesetzt, sondern abgeschafft werden.

Eine heruntergewirtschaftete öffentliche Infrastruktur ist eine Last für die nächste Generation.

Die größten **Investitionsrückstände** gibt es bei **Schulen** (44,2 Mrd. Euro), **Straßen** (37,1 Mrd. Euro) und **Verwaltungsgebäuden** (12,9 Mrd. Euro).

Erhebliche Investitionsbedarfe gibt es auch bei Kitas, Kultur- und Sporteinrichtungen, bei der Wasserversorgung und der Feuerwehr, beim öffentlichen Nahverkehr und der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum.

Das Deutsche Institut für Wirtschaft hat errechnet, dass die kommunalen Investitionen seit 2003 unter dem natürlichen Verschleiß lagen.

Zwischen 2012 und 2017 überstiegen die Abschreibungen die Bruttoinvestitionen sogar um über fünf Milliarden Euro jährlich.

Dabei bestünde gerade jetzt auch die **Chance** mit den vielen Milliarden eine **sozial-ökologische Ausrichtung** unserer **Volkswirtschaft** hinzubekommen.

Von **>Fridays for Future<** bis zu **Wirtschaftsverbänden** wurde gefordert, nicht einfach die alte Wirtschaft zu konditionieren.

Wenn wir schon Milliarden in die Hand nehmen, dann sollten sie finanzieren, was uns nicht nur über die Corona-Krise bringt, sondern auch einen sozial-ökologischen Umbau fördert.

Ambitionierter Klimaschutz kann so auch ökonomisch vorteilhaft sein und mehr Arbeitsplätze schaffen als an anderer Stelle verloren gehen.

Aber alle wirtschaftlichen Krisenmaßnahmen atmen die alte Wachstumsphilosophie. Solidarische Ökonomie und soziale Innovationen mit bedürfnisorientierten, sozialen, demokratischen und ökologischen Ansätzen sind noch nicht angekommen.

Vor diesem Hintergrund ist auch nicht verwunderlich, dass man immer noch auf eine angemessene Beteiligung der **wirtschaftlich Leistungsfähigen und den Vermögenden** an den Kosten des Gemeinwesens verzichtet.

Die **Ungleichverteilung** wird fortgesetzt.

Immer noch wird auf eine **gerechte Steuerreform** verzichtet,

Die **Schere zwischen Arm und Reich** geht immer weiter auseinander.

Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt inzwischen ein Drittel des gesamten Vermögens.

Die untere Hälfte der Gesellschaft – also jeder Zweite – besitzt fast nichts.

Immer mehr Menschen können von ihrer Arbeit oder ihrer Rente nicht würdevoll leben.

Selbst Vollzeitarbeit zum gegenwärtigen gesetzlichen Mindestlohn macht arm und führt auch nach 45 Rentenbeitragsjahren in die Altersarmut.

Die Bundesregierung weiß das, denn sie hat uns dies auf eine Kleine Anfrage offen gelegt. Also der Mindestlohn angepasst werden – mindestens 12 Euro; aber eigentlich reicht auch das rein rechnerisch schon nicht mehr.

Liebe Genossinnen und Genossen,
bereits jetzt stellt sich angesichts der **Nettokreditaufnahme** von fast **218** Milliarden Euro in diesem Jahr und **180** Milliarden Euro 2021 die Frage, **wer soll das für die Krise zahlen?**

Mit dieser Frage müssen wir die anderen Parteien während des Wahlkampfes immer wieder konfrontieren!

Wir schlagen eine **einmalige Vermögensabgabe** nach dem **Vorbild des Lastenausgleichs nach dem Zweiten Weltkrieg** vor.

Das von uns favorisierte Modell würde die **oberen 0,7 Prozent der erwachsenen Bevölkerung** mit einem **privaten Nettovermögen** (Vermögen abzüglich Verbindlichkeiten) von zwei Millionen Euro bzw. fünf Millionen Euro bei Betriebsvermögen mit einer **einmaligen Abgabe** belasten. Die Abgabe soll linear progressiv auf 30 Prozent ab 100 Millionen Euro aufwachsen. Als einmalige Abgabe wäre sie über einen Zeitraum von 20 Jahren zu tilgen. Das entspricht auch der Laufzeiten der Kreditaufnahmen.

Mit Anke Domscheit-Berg arbeite ich in unserer Fraktion seit Jahren im **Ausschuss Digitale Agenda**.

Aus linker Perspektive haben wir uns dort und in der **Enquetekommission >Künstliche Intelligenz<** unter anderem mit **Machtstrukturen** der **Plattformökonomie** auseinandergesetzt.

Die Hauptprofiteure der Corona-Krise sind große Digital-Konzerne, die sich der internationalen Besteuerung entziehen und mit Verstößen gegen europäische Arbeitnehmerrechte- und Datenschutz-Standards auffallen.

Statt monopolartige Strukturen im globalen Daten-Business zu dulden, müssen deutsche und europäische Kartell- und Steuerbehörden einschreiten.

Die Beschaffung staatlicher IT-Software muss nach dem Grundsatz „Public Money – Public Code“ erfolgen.

Damit können auch kleinere, heimische Firmen an der Weiterentwicklung mitwirken und der Staat kann Lizenzkosten in Millionenhöhe sparen. So reduzieren sich Abhängigkeiten von wenigen Großkonzernen.

Außerdem hatten wir vorgeschlagen, statt eine weitere Cybersicherheits-Agentur zu gründen, diesmal mit Sitz in Halle, diese als **Agentur zur Entwicklung und Pflege nicht-kommerzieller Open-Source-Software** für verbesserte IT- und Datensicherheit aufzubauen.

Wie Ihr vielleicht wisst, befasse ich mich als **Forschungspolitikerin** auch mit **Gesundheitsforschung**.

Wir hatten in den letzten Monaten unzählige digitale Treffen mit WissenschaftlerInnen, die sich mit den Herausforderungen der Corona-Krise befasst und vernetzt haben.

Auf einem dieser Treffen haben uns ForscherInnen erzählt, dass ihnen vollkommen klar gewesen sei, dass eine solche Pandemie auf uns zulaufen würde.

SARS und MERS waren nur Vorläufer. Es sei einzig eine Frage der Zeit gewesen, wann uns eine Pandemie mit für Menschen lebensbedrohlichem Potenzial erreichen würde.

Man hätte Aspekte einer solchen Pandemie also schon früher beforschen können. Dafür gab es aber keine Ressourcen.

Nun können Impfstoffe in der Tat nicht prophylaktisch entwickelt werden. Dazu bedarf es der konkreten Kenntnis der Beschaffenheit des aktuellen Virus. Aber andere virologische und epidemiologische Fragen hätte man bewerten können.

Das ist nicht überraschend, wurde doch bereits im **Januar 2013** dem **Bundestag** ein **>Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012<** vorgelegt. Darin entwarfen deutsche Behörden das Szenario eines **weltweiten Coronavirus-Ausbruchs**.

Die Corona-Krise nun hat gezeigt, wie notwendig staatliches Engagement für die bedarfsgerechte Entwicklung von Therapeutika und Impfstoffen ist.

Hier braucht es einen Paradigmenwechsel und den Einstieg in eine öffentliche Gesundheitsforschung, die pharmazeutische und nichtpharmazeutische Therapieoptionen in den Blick nimmt, bei der geistigen Eigentumsrechte in öffentlicher Hand bleiben.

So könnten reichere Länder auch einen Beitrag zur Versorgung im globalen Süden leisten.

Kommerzielle Forschung ist, wenig überraschend, wenig bedarfsorientiert, per se intransparent und auf gewinnträchtige Arzneimittel und Medizinprodukte fokussiert.

Infolgedessen habe ich auch entsprechende Anträge gestellt. Einerseits zu Forschung an Antibiotika-Resistenzen und andererseits an Zoonosen, also an Krankheiten, die sich vom Tier auf den Menschen übertragen.

Da will ich auch unbedingt dranbleiben.

Kurzum, es ist nicht nur Dampf im Kessel, sondern es liegt auch noch Holz vor der Tür.

Lasst mich mit einer persönlich gehaltenen Anmerkung schließen.

Es beunruhigt mich zutiefst, was sich auf unseren Straßen und Plätzen abspielt. Dabei meine ich bei Weitem nicht allein Corona-Leugner, Esoteriker, Verschwörungstheoretiker, Impfgegner oder was auch immer.

Ich meine vor allem die Verquickung mit rechtsextremem, faschistischem Denken. Die Grenze ist fließend. Und in Sachsen-Anhalt, wie wir schon mehrfach erleben mussten, lösen sich auch die Grenzen der CDU zur AfD auf. Und wie es in der CDU nach der Entlassung des Innenministers weitergeht, ist auch nicht klar.

Erst am letzten Sonntag habe ich mir weite Teile der Auseinandersetzungen auf dem Parteitag der AfD angesehen. Dass diese Partei längst rechtsextrem geworden ist, bekam man auf offener Bühne vorgeführt. Wie das im Einzelnen zu bewerten ist, das kann Henriette Quade uns viel besser erklären.

ABER...

Meine Großeltern waren während des Naziregimes als SPD-Mitglieder existenziell bedroht. Kommunisten hatte man vielfach längst abgeholt. Mein Opa hat in Haft gesessen, aber Gott sei Dank überlebt.

Ihnen fühle ich mich in besonderer Weise verpflichtet. Das ist der rote Faden, der meine Familiengeschichte durchzieht. Deshalb kann ich mich auch nicht damit abfinden, dass die Rechtsextremen im und außerhalb des Parlaments versuchen, den Ton, das Denken und das Handeln vorzugeben.

Auch das ist mir tiefer innerer Antrieb, noch einmal antreten zu wollen. Mit meiner Erfahrung in die Auseinandersetzung gehen.

Gelassenheit kann ich Euch nicht versprechen – aber sehr, sehr viel Einsatz.